

# Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 23

PDF erstellt am: **19.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Irgendwo hier herum soll es gewesen sein, daß der englische General Dyer anno 1919, nachdem die Eingebornen einen Europäer grundlos auf grausame Weise gemordet, den Befehl gab, es sei eine gewisse Strecke Weges von jedem daherkommenden Indier kriechend zurückzulegen, was vielleicht nicht so schlimm ist wie es sich anhört. Dem Indier ist das auf allen Vieren gehen als Zeichen von Reu und Leid geläufig und öfters trifft man hier draußen auf Menschen, die in Erfüllung irgend eines Reugelübdes mit ihrer ganzen Länge den Boden messen, die Füße immer wieder dort ansetzend, wo vorher der Kopf gelegen. Immerhin...!

Doch wer in dem grauen Streit um Recht und Ordnung damals Recht gehabt, das wollen wir lieber gar nicht unterfuchen. Sich hier draußen in Politik mischen, ist schlimmer, als in Bern zwischen die Konservativen und Sozialdemokraten hineingeraten. Dort kracht es wohl manchmal, hier aber explodiert es auch!

Deine Bernerin auf Reisen.

### Aus der politischen Woche.

Beginnen wir diesmal unseren Rundgang im Osten. Fast wie Goethes Sonntagspaziergänger in „Faust“ sehen wir in aller Gemütsruhe zu — nicht wie die Völker hinten in der Türkei aufeinander schlagen, aber wie sich ein Krieg vorbereitet. Die Türkei mobilisiert in aller Stille und stellt seine Truppen an der Westgrenze des Landes gegen das Meer und in Trazien in Bereitschaft; das ist eine Tatsache, die sich nicht mehr verschweigen läßt. Wie ist sie zu verstehen?

In Genua feierte Mussolini den Krieg als soziale Erscheinung. Nicht, daß Italien den Krieg absolut wolle und wünsche, wenn ihm gegeben werde was es zum Leben nötig habe: neues Land zur Kolonisation, zur Unterbringung seines Bevölkerungsüberschusses. Erneut betonte er: Italiens Zukunft liegt auf dem Meere! Und in Pisa sagte er, von der Menge frenetisch bejubelt: „Wir gehen Zeiten der Macht und des Ruhmes entgegen. Ihr werdet bereit sein, wenn es nötig ist, weil die große Aera beginnt.“ Wenn man auch dem italienischen Volkscharakter Rechnung trägt, der große Worte liebt und schnell sich für Ideen begeistert, ohne daß er sie absolut verwirklichen will, so muß man doch zugeben, daß solche systematische Bearbeitung der Volksseele ihre Wirkung haben muß. Man kann nicht alltäglich in Regierungsreden und Zeitungsartikeln die kriegerische Stimmung eines Volkes entfachen und schüren, darf ihm nicht alle 14 Tage das glänzende Schauspiel einer Flottenparade und einer hunderttausendköpfigen rasend begeisterten Menge bieten, ohne daß dieses Volk eines Tages die kriegerischen Taten verlangt, die man ihm als der einzige Weg zum Ruhm und zum Glück vorgespiegelt hat.

Schon in seiner Altjahrsrede hat der Duce „das Wunderbare, Gewaltige und Große“ angekündigt, das im neuen Jahre geschehen werde. Dann kam im Februar die provozierende Kriegsrede gegen Deutschland und Oesterreich wegen der Brennergrenze. Es war ein Einschüchterungsvorstoß, der seine Wirkung getan hat: Genf wird Mussolini nicht in den Arm fallen. Gleich nachher kam der Zusammenbruch der Locarnopolitik in der denkwürdigen Märzsession des Völkerbundesrates. Mussolini durfte unbehelligt — das Attentat der verrückten Isländerin zählt nicht — nach Tripolis hinüberfahren und der Welt in unmißverständlicher Rede und Geste Italiens Ansprüche auf neue Kolonien ankündigen. Die Pfingstfahrt nach Genua ist eine Wiederholung dieser Geste. Sie ist an Frankreichs Adresse gerichtet und wird dort auch verstanden. Die Zukunft wird zeigen wie.

Während aber Mussolini, das Gesicht gegen Norden, Süden und Westen gewandt, nur redete, ließ er in seinem Rücken, im östlichen Mittelmeer, arbeiten. Im Dodekanes



Das Mosul-Gebiet.

auf Rhodos wurde in aller Stille eine mächtige Flottenbasis geschaffen und die Insel zur Seefestung ausgebaut. Die Türken glauben, diese Rüstungen seien gegen sie gerichtet, und sie haben mit diesem Glauben kaum Unrecht.

Und doch wird es auch hier kaum zum Kriege kommen. Mussolinis Rechnung war die, daß England und die Türkei wegen Mosul zusammengreifen werden. In Rapallo bot der Duce dem englischen Außenminister Italiens Waffenbruderschaft an. Chamberlain hat hier mit einem verbindlich freundlichen Lächeln die gebotene Hand angenommen. Aber an einen Krieg mit der Türkei, um Mussolini — und in dessen Kielwasser wäre Pangalos gefeiert — zu einer Eroberung der kleinasiatischen Küste und zu den kriegerischen Lorbeeren zu verhelfen, die ihm sein Volk schon zum voraus honoriert hat, daran dachte Chamberlain nicht. Er schickte vielmehr den klugen Sir Lindsay nach Angora, um mit Kemal Pascha zu unterhandeln. Und heute ist der Mosulvertrag zwischen England und der Türkei perfekt. Mussolini sieht wieder einmal seine Felle den Fluß hinabschwimmen. Er dürfte sich vermutlich dahin entscheiden, die Landung in Anatolien auf bessere Zeiten zu verschieben. Denn der griechische Bundesgenosse hat die neuen Kriegsschiffe erst auf den Werften und ist innerpolitisch noch wenig konsolidiert. Zudem ist die Türkei nicht untätig gewesen. Wenn der Orientmitarbeiter der „Nat. Ztg.“ richtig informiert ist, so hat sie bereits ihre Vorbereitungen zur Aufstellung der Abwehrtruppen (120,000 gegen den Dodekanes und 50,000 an der Enos-Midia-Linie) getroffen. Das Mosulabkommen hat die Situation im Osten mit einem Schlage geändert. Die Türkei wird keinen Zweifrontenkrieg mehr zu bestehen haben. Für Italien fällt auch der Kriegsanzug weg.

Mussolini hat ungewollt Englands Politik gemacht. Die italienisch-griechische Drohung hat Angora nachgiebig gestimmt. Das erkennt man aus den Bestimmungen des Mosul-Abkommens, das vor der Unterzeichnung steht. Die Türkei begnügt sich mit geringfügigem Landgewinn; die

„Brüsseler-Grenze“ bleibt in der Hauptsache bestehen. Dagegen mußte England Angora einen Anteil an den Petrolquellen im Irak von 10 Prozent zusichern. Der materielle



Seidmarschall Piłsudski, der neue polnische Machthaber.

Gewinn der Türkei ist nicht unwesentlich, wenn auch von den anfänglichen Forderungen himmelweit entfernt.

Mit dieser Entscheidung dürfte eine, ja nach Paul Rohrbachs Darstellung in der weiland sächsischen Kriegsbroschüren-Reihe die Quelle des Weltkrieges endgültig gestopft sein. Um diese Erdölquellen im Irak ging es ja im englisch-deutschen Gegensatz beim Kriegsbeginn. Diese Quellen waren das vornehmste Kriegsziel der Deutschen; sie sollten ihnen die Flottenbasis im Persischen Golf zur Eroberung Indiens sichern. Darum die Orient-, Türken- und Bagdadbahnpolitik Kaiser Wilhelms II. seit seiner Jerusalem-Reise.

Mit dem Mosulabkommen ist ein Garantievertrag zwischen der Türkei und dem Königreich Irak verbunden. Demnach hätte die englische Politik eine Pazifizierung Mesopotamiens erreicht, wie man sie für noch so manchen andern gefährlichen Punkt des Orients und Occidents wünschen möchte.

Mussolini wird sich und seinen Italienern ein neues Exploitationsgebiet für kriegerischen Ruhm suchen müssen. Er hat es auch tatsächlich schon gefunden. Auch hierin, in der Kunst, die europäische Politik zu beunruhigen und zwar immer an zwei drei verschiedenen Punkten, gleicht Mussolini dem alten Herrn von Doorn; die innere Verwandtschaft manifestiert sich bisher ja so auffällig in den vielen Reisen und Reden, bei denen die großen Schlagworte eine so gewichtige Rolle spielen.

Abd-el-Krims endgültige Erledigung — der „Rebellenführer“ sitzt gefangen in Taza und erwartet den Richterpruch eines schwer gereizten Gegners — gibt Mussolini den Anlaß, die Marokkofrage erneut aufzurollen. Der italienische Diktator meldet Italiens Ansprüche auf Rechte in Marokko an; er macht sich ausdrücklich das politische Erbe Deutschlands zu eigen; vor Deutschland müsse Italien zu seinen Kolonien kommen.

Wieder macht hier Mussolini die Politik eines andern Staatsmannes, die Briands. Denn er stößt, indem er sich vor Deutschlands Ansprüche stellt, die Deutschen neuerdings vor den Kopf und macht damit deren Annäherung an die Franzosen leichter. Annäherungsbestrebun-

gen zwischen Frankreich und Deutschland sind im Gang. In Luxemburg haben unter dem Vorsitz des Luxemburger Großindustriellen Emil Mayrisch in den letzten Tagen Besprechungen zwischen deutschen und französischen Persönlichkeiten stattgefunden, die zur Bildung eines ständigen deutsch-französischen Komitees führten, das in Paris und Berlin Bureaus errichten wird. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen u. a. teil der Großindustrielle Thyßen und Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, auf französischer Seite der frühere Botschafter in Berlin, Charles Laurent, der Herzog de Broglie und der Bischof von Arras, Monf. Sullien. Diese Namen lassen an ein künftiges politisches Zusammengehen der beiden Staaten glauben. Ob ein noch näherer Zusammenschluß, als der Locarno-Pakt in darstellt, von Briand schon vorbereitet ist, bleibt noch ungewiß; in der Linie von Briands Versöhnungspolitik läge dies.

Noch hat aber der französische „Ministerpräsident auf Lebenszeit“ — wie Briand sich selber scherzweise nennt — die innerpolitischen Schwierigkeiten noch lange nicht alle überwunden. Seine Regierungsmehrheit ist in den letzten Tagen vollends in Brüche gegangen. In der frisch eröffneten Kammeression hat er eben eine Niederlage erlitten. Er verlangte, daß die Wahlreform vor der Finanz- und Marokkodebatte behandelt werde, was ihm eine erhebliche Mehrheit verweigerte. Zum Glück hatte er die Vertrauensfrage nicht gestellt. Wie lange Briand auf dem schwimmenden Eisschollen der wechselnden Mehrheiten sich wird aufrecht halten können, bleibt eine Frage vielleicht der allernächsten Zukunft. Vielleicht gefrieren über Nacht zwei Schollen zusammen, finden sich die Parteien der Mitte wieder zu einer tragkräftigen Mehrheit zusammen. Die Sozialdemokraten stimmten in Clermont-Ferrand einer Resolution des Zentrums (Léon Blum) zu, die der Regierung Unterstützung verpricht, wenn sie den Franken mit kräftiger Hand auch gegen das Kapital stabilisiert; d. h. sie fordert noch einmal die Vermögensabgabe, eine Forderung, die Briand kaum durchführen wird.

In Polen hat die Staatspräsidentenwahl das Rätsel Piłsudski noch nicht gelöst. Der Sejm wählte zwar den Marschall mit großem Mehr zum Haupt der Republik. Aber zur großen Verwunderung aller lehnte Piłsudski die Wahl ab mit der Begründung, daß die passive Rolle eines bloß dekorativen Staatsoberhauptes seinem aktiven Wesen nicht genüge; er wolle Kriegsminister bleiben. Die Vermutung ist gegeben, daß Piłsudski die Militärmacht noch unmittelbar in der Hand haben will bis zu dem Zeitpunkt vielleicht, da auf gesetzlichem Wege dem Staatspräsidenten die Machtfülle geschaffen sein wird, die Piłsudski nötig zu haben glaubt, um auf dem Präsidentenstuhl seinem aktiven Temperament Genüge leisten zu können.

Wenn sich im europäischen Osten die Diktatur nur zögernd enthüllt, so springt sie im äußersten Westen gerade mit beiden Füßen aus dem Revolutionsei heraus. In Portugal hat General Cabecadas durch einen unblutigen Militärputsch die ganze Staatsmacht an sich gerissen. Nach italienischem und spanischem Muster wird erklärt, daß die Parteiwirtschaft zu existieren aufgehört habe. Wenn nicht alles täuscht, hat also Europa einen Diktator mehr, auch wenn man Piłsudski noch nicht als solchen anpricht.

Die Rückwirkung auf die Länder mit präferen politischen Zuständen, wie z. B. Deutschland, wird nicht ausbleiben. Die Protestkundgebung der 30 Jeneiser Professoren gegen die Hausdurchsuchung, die ein Berliner Kollege wegen der jüngsten Putschpläne mußte über sich ergehen lassen, beweist schlaglichtartig, daß die deutsche Republik immer noch auf einem Vulkan sitzt.

### Spruch.

Geh' mit dir selbst streng ins Gericht,  
Und wenn dir's nicht gelingt, von innen  
Die Ruh', das Glück dir zu erringen —  
Von außen kommt das Glück dir nicht.

Bodenstedt.